

Dringliche interfraktionelle Interpellation SP, GB/JA! (Martin Krebs/ Yasemin Cevik, SP/Christine Michel, GB): Verkauf der InoTex Bern AG – Die Stadt Bern muss die soziale Verantwortung wahrnehmen!

Die Stadt Bern will ihren Anteil an der InoTex Bern AG (60 Aktien zum Nennwert von 1'000 Franken; entsprechend einer Beteiligung von 1/3 am Aktienkapital von 180'000 Franken) an eine Gesellschaft mit Domizil in Frankreich verkaufen. Über den Verkaufspreis ist nichts Genaues bekannt, doch ist davon auszugehen, dass dieser ein Vielfaches des Nennwertes der Aktien beträgt. Die InoTex Bern AG beschäftigt rund 210 Mitarbeitende. Der Gemeinderat ist durch das Generalsekretariat der Direktion für Finanzen, Personal und Informatik im Verwaltungsrat vertreten. Ob und wie der Gemeinderat die Interessen der Arbeitnehmenden und des Wirtschaftsstandorts Bern in den Organen der InoTex Bern AG vertreten hat, oder aber, ob nur reine finanzielle Interessen im Vordergrund waren, ist nicht bekannt.

Über den Verkauf wurden die Mitarbeitenden und Sozialpartner erst nach Abschluss der Verhandlungen informiert. Konsultationen der Arbeitnehmervertretung gemäss Art. 333a Obligationenrecht haben nicht stattgefunden. Es ist nicht bekannt, ob minimale sozialpartnerschaftliche Absicherungen in den Verkaufsvertrag eingeschlossen wurden.

Zurzeit ist nicht absehbar, ob die neue Besitzerin alle Arbeitsverhältnisse langfristig zu den gleichen Bedingungen weiterführen wird und – falls nicht – konkrete Massnahmen zur Linderung der Auswirkungen einer Umstrukturierung auf das Personal vorgesehen sind. Sollte es zu Entlassungen kommen, ist davon auszugehen, dass Beschäftigte im unteren Lohnbereich betroffen sind.

Die InterpellantInnen verlangen, dass der Gemeinderat seine sozialpolitische Verantwortung wahrnimmt und die folgenden Fragen beantwortet:

1. Wann hat der Gemeinderat über den Verkauf der 60 Namenaktien im Eigentum der Stadt Bern an der InoTex Bern AG beschlossen?
2. Wer hat dem Gemeinderat die Kaufofferte unterbreitet?
3. Aus welchen Gründen ist der Gemeinderat der Auffassung, dass seine Zuständigkeit für dieses Verkaufsgeschäft vorliege?
4. Wieso ist der Gemeinderat der Auffassung, dass kein Anwendungsfall von Art. 333a Obligationenrecht vorliegt?
5. Ist der Gemeinderat bereit, den Rechtsübergang an den 60 Namenaktien im Eigentum der Stadt Bern an der InoTex Bern AG erst erfolgen zu lassen, wenn eine Konsultation der Arbeitnehmervertretung stattgefunden hat?
6. Ist der Gemeinderat bereit, den Rechtsübergang an den 60 Namenaktien im Eigentum der Stadt Bern an der InoTex Bern AG erst erfolgen zu lassen, wenn sichergestellt ist, dass die Arbeitsverhältnisse über eine längere Zeit von der neuen Eigentümerschaft zu den gleichen Bedingungen weitergeführt werden?
7. Für den Fall, dass nicht alle Arbeitsverhältnisse über eine längere Zeit weitergeführt werden, ist der Gemeinderat bereit, dafür besorgt zu sein, dass der Rechtsübergang an den 60 Namenaktien im Eigentum der Stadt Bern an der InoTex Bern AG erst erfolgt, wenn ein Sozialplan vorliegt?
8. Ist der Gemeinderat bereit, den Erlös der Stadt Bern aus dem Verkauf der 60 Namenaktien im Eigentum der Stadt Bern an der InoTex Bern AG als Sicherstellung für die Verbindlichkeiten aus einem allfälligen Sozialplan, welchem die neue Eigentümerschaft nicht nachkommt, zu verwenden?

Begründung der Dringlichkeit

Über Datum des Rechtsübergangs der Beteiligung der Stadt Bern ist nichts bekannt. Es ist davon auszugehen, dass der Verkauf rasch erfolgt und nicht rückgängig gemacht werden kann. Der Gemeinderat hat deshalb darüber Auskunft zu geben, welche Massnahmen zur Sicherung der Arbeitsverhältnisse resp. zur Finanzierung eines Sozialplans ergriffen werden.

Bern, 31. Januar 2013

Erstunterzeichnende: Martin Krebs, Yasemin Cevik, Christine Michel

Mitunterzeichnende: Nicola von Greyerz, Gisela Vollmer, Benno Frauchiger, Stefan Jordi, Annette Lehmann, Rithy Chheng, Halua Pinto de Magalhães, Silvia Schoch-Meyer, Bettina Stüssi, Hasim Sönmez, Marieke Kruit, Patrizia Mordini, Katharina Altas, Ursula Marti, Sabine Baumgartner, Lea Bill, Leena Schmitter, Franziska Grossenbacher, Mess Barry, Cristina Anliker-Mansour, Esther Oester, Rolf Zbinden, Christa Ammann, Lena Sorg, David Stampfli, Lukas Meier, Peter Ammann, Michael Köppli, Melanie Mettler

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats bejaht.